

„Staatsfonds lösen Private Equity ab“

Österreich ist kein attraktives Ziel.

WIEN (cim). Eine „gewaltige Welle“ von Mergers und Akquisitionen durch Staatsfonds, die Private-Equity-Fonds (PE-Fonds) als Großinvestoren ablösen, erwartet Wolfgang Quantschnigg, Geschäftsführer des Beratungsunternehmens MP Corporate Finance. Das weltweite Vermögen der Staatsfonds wird auf 2,5 Billionen US-Dollar geschätzt, laut IWF soll es bis 2015 auf über zwölf Billionen Dollar wachsen. Vor allem Länder wie Singapur, Hongkong oder China haben gewaltige Devisenreserven aus Überschüssen der Leistungsbilanz. „Die Länder horten Geld für den Fall, dass Öl oder Gas ausgeht, und wollen ihre Konjunktur nicht zu sehr schüren“, sagt Quantschnigg. Im Inland würden Anlagemöglichkeiten fehlen, oder die Investitionen der Staatsfonds seien strategisch.

Den großen Unterschied zu PE-Fonds sieht Quantschnigg darin, dass Staatsfonds langfristig investieren und sich zumindest bis jetzt wenig im Management eingemischt hätten. Bisher haben Staatsfonds ihre Mittel vor allem in Geldmarktinstrumenten und Staatsanleihen angelegt, zunehmend investieren sie auch in Immobilien, PE-Fonds und Aktien. Das sei eine Trendumkehr. „Auch ein Staatsfonds wird früher oder später versuchen, Einfluss zu nehmen“, sagt Quantschnigg.

Eines der Hauptziele sind die USA, dorthin gehen 65,5 Prozent der Kapitalexporte. „Durch die radikale Zinssenkung stellt sich die Frage, wohin sich das Kapital künftig wenden wird“, so Quantschnigg. Österreichs Unternehmen seien „wenig gefährdet“, da Staatsfonds bisher kaum Interesse an Unternehmen mit hohem Eigenkapital hätten.

Buffet: „Ergebnis der US-Politik“

In den USA wächst die Kritik an ausländischen Staatsfonds. Der Vorwurf: fehlende Transparenz. Vor allem asiatische und arabische Staatsfonds haben die Krise der US-Banken genutzt, um günstig bei Instituten wie Citigroup, UBS oder Morgan Stanley einzusteigen und diese damit in einigen Fällen zu retten. US-Investor Warren Buffet weist die Kritik nun zurück. Deren Zukäufe seien „keineswegs eine dunkle Verschwörung ausländischer Regierungen, sondern Ergebnis der fehlgeleiteten US-Handelspolitik“, schreibt er in einem Aktionärsbrief.

Die EU will durch einen freiwilligen Verhaltenskodex für Staatsfonds mehr Transparenz schaffen. Ziel sind mehr Informationen über Management, Volumen der Fonds, Ziele der Investoren und Herkunft des Geldes. Auf eine rechtliche Basis will die Kommission verzichten.

Quelle: Die Presse,

Ausgabe am 5. März 2008, S. 27